

Autorin: Anat Kalman

SÜDWESTRUNDFUNK

Regisseur: Michael Utz

Redaktion: WISSEN/ Schulfunk

Redaktion: Jürgen von Esenwein

Tel.: 07221 929 6299

## **Nur bunte Revolutionen? Die Osterweiterung der EU in der Kritik**

Sendung: Freitag, 23. März 2007, 8.30 - 8.58,  
SWR2 WISSEN

Produktion: 12. u. 13. März 2007, Baden-Baden, Studio 2  
9.00 – 16.45 Uhr

Besetzung: Sprecherin  
Sprecher  
Zitatorin (ein Zitat)  
Zitator  
AnsagerIn

**Mögliche Ocs sind kursiv gedruckt**

**Die Zuspiele stehen im DIGAS unter BAD SWR 2: Ungarn**

Prod'nr.: 1000 113; Archivnr.:

Zuspiel Otto von Habsburg:

Schaun' Sie. Erst einmal könnten wir die einzige Supermacht des Friedens sein. Nicht weil wir etwa so gut und so lieb und so mild sind, sondern einfach, weil das aus unserer geographischen Lage uns zwingt sozusagen. Da können wir unendlich viel den anderen geben. Wir müssen natürlich auch sehr vorsichtig sein. Wir müssen diese Sachen schrittweise machen. Ich glaube, für mich muss Europa wachsen wie ein Baum und nicht hingestellt werden, wie ein amerikanischer Wolkenkratzer.

Atmo: Die Europahymne hineinspielen, da hinein die Ansage.

**AnsagerIn: „Nur Bunte Revolutionen? Die Osterweiterung in der Kritik“, eine Sendung von Anat Kalman.**

Regie: Europahymne fertig spielen.

Sprecherin: Ein bürgernahes, vereintes, wohlhabendes und multi-kulturelles Europa sollte es sein. Eine große neue politische Macht des Friedens - wie es der Kaisersohn und Europa-Parlamentarier Otto von Habsburg immer wieder gerne formuliert. Dafür reichte Brüssel nach 1989 geographisch seine Hand für die Aufnahmeverfahren vom Baltikum im Norden bis zum Schwarzen Meer im Südosten. Womit die geplante Ausdehnung so ziemlich genau den Vorstellungen des böhmischen Grafen Richard Coudenhove-Kalergi, dem Gründer der seit 1923 existierenden Paneuropa-Union entspricht: in seinem 1971 erschienen Buch "Weltmacht Europa" schreibt er über seine Vision der europäischen Ostgrenzen:

Zitator: Die Basis der europäischen Halbinsel und damit die geographische Ostgrenze Europas bildet etwa die Luftlinie, die Königsberg mit Odessa verbindet.

Sprecher: Schon in den zwanziger Jahren hatten sich viele berühmte Künstler, Schriftsteller und Politiker dieser Union und der schönen Idee Europa angeschlossen. Zu ihnen zählten Sigmund Freud, Stefan Zweig, Thomas Mann und Rainer-Maria Rilke, der französische Außenminister Aristide Briand und auch Hugo von Hofmannsthal, der 1923 anlässlich der Gründungsfeier der Paneuropa-Union euphorisch jubelte:

Zitator: Der Begriff Europa ist ein großer Begriff, zu dem die Seele sich erheben muss. Deswegen kann er nicht gefunden werden, indem man vom Nationalen einfach etwas weglässt oder zu ihm etwas dazusetzt. Er ist in den höchsten Äußerungen jeder Nation enthalten. Die größten Genies sind ohne ihn undenkbar. So Julius Cäsar wie Napoleon, so Petrarca wie Kant, so die deutsche Musik von Bach bis Beethoven wie die französische Malerei von Ingres bis Cézanne. Wo ein großer Gedanke gedacht wird, ist Europa. Und wer Europa sagt, der sagt: tausendjähriges Ringen um Europa, tausendjährige Sendung durch Europa, tausendjähriger Glaube an Europa...."

Atmo: Evt. ein Donner- oder Paukenschlag.

Sprecherin: Doch erst nach zwei Weltkriegen und nach dem Scheitern des unter dem Namen „Sozialismus“ betriebenen Modernisierungsversuchs an der osteuropäischen Peripherie, ab Ende der 80er Jahre, konnte der Traum Europa realpolitisch in Angriff genommen werden. Der Auftakt hierzu war bunt. Sanfte, friedliche, oft „bunte Revolutionen“ genannt, - mit Ausnahme Rumäniens - spielten sich vor den Augen vieler Menschen ab.

Sprecher: In der Nacht vom zehnten zum elften September 1989 öffnete die ungarische Regierung die Grenze zu Österreich, und Zehntausende von DDR-Bürgern reisten in den nächsten Tagen und Wochen über Österreich in die Bundesrepublik aus. Eine Tat, die der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede „Dank an Ungarn“, als ein "Zeugnis der Menschlichkeit" würdigte. Bis dann am neunten November des gleichen Jahres Günter Schabowksi vom SED-Politbüro auf einer internationalen Pressekonferenz vor Journalisten die sofortige Ausreisemöglichkeit für alle DDR-Bürger bekannt gab und sich augenblicklich ein Menschenstrom in Richtung der Berliner Mauer in Bewegung setzte, die den „antifaschistischen Schutzwall“ noch in der selben Nacht nieder rissen.

Sprecherin: Es war nicht zu glauben. Was Kommunismus genannt wurde, löste sich wie von selbst auf, die Regime wurden parlamentarisch. Und seither werden die Mächtigen nicht müde, immer wieder begeistert zu erzählen,

wie sie das alles in die Wege geleitet haben. Es waren großartige Momente, erinnert sich Miklos Németh, der letzte reformkommunistische Premierminister Ungarns, an sein Gespräch mit dem russischen Präsidenten Gorbatschow im März 1989, vier Monate vor dem Tod von János Kádár.

Zuspiel Miklos Németh, ungarisch, dann Zitator drüber.

Zitator: Ich hatte damals Gorbatschow in Moskau schon ganz offen gefragt, was denn passieren würde, wenn es in Ungarn freie Wahlen gäbe und die Arbeiterpartei diese verlieren würde. Da hat er mit der flachen Hand auf die Lehne seines Sessels im Büro geschlagen und hat mit fester Stimme gesagt: solange ich auf diesem Sessel sitze, wird es kein zweites „56“ geben. Das war ein ganz wichtiger Augenblick. Denn im Sommer drauf, als wir die DDR-Flüchtlinge an der ungarisch-österreichischen Grenze sitzen hatten, konnten wir damit rechnen, dass die UDSSR nicht eingreifen werde. Darum habe ich in diesem Moment darauf verzichtet, Gorbatschow über die mit Helmut Kohl abgesprochene Grenzöffnung zu informieren.

Sprecher: Seit Januar 2007 zählt das EU-Europa mit Rumänien und Bulgarien 27 Mitglieder. Und: die offizielle Bilanz des letzten Erweiterungsjahrzehnts seit 1990 sei durchaus positiv - meint Susan Milford vom Wiener

Europa-Institut, einem politischen Forschungszentrum für den Donauraum und Mittelosteuropa, kurz IDM genannt.

Zuspiel Susan Milford:

Ich persönlich würde auf alle Fälle eine positive Bilanz ziehen, bezüglich der so genannten Ost-Erweiterung. Also, wir vom IDM verwenden diesen Begriff nicht so gerne. Wir sprechen lieber von der Erweiterung nach Mittelosteuropa oder nach Südosteuropa. Und meiner Meinung nach ist also die wirtschaftliche Bilanz eine positive. Hier würde ich sagen, was die Wirtschaft sehr schnell vor Ort, hat eigentlich den Weg bereitet für die Erweiterung, hat hier viel aufgebrochen und aus politischer Sicht würde ich sagen, ist es einfach, möchte ich schon dieses Wort wieder strapazieren: diese große Wiedervereinigung Europas nach dem Wegfall des eisernen Vorhangs.

Sprecherin: Trotz alledem sinkt das Euro-Barometer rapide. Sowohl in Ost-, als auch in Westeuropa. Zwar sehen über 50 Prozent der EU-Bevölkerung „mehr Vorteile“ als Nachteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes, aber weniger als 50 Prozent bewerten sie als „gute Sache“. In Österreich sind es sogar weniger als 34 Prozent. Diese Entwicklung, meinen Experten, gehe weiter nach unten und zwar ungeachtet dessen, ob es sich um „reichere“ oder „ärmere EU-Mitgliedsstaaten handelt. Nach jüngsten Schätzungen lehnen über 60 Prozent aller EU-Mitglieder eine weitere Erweiterung ab. Wo also ist die „Erfolgsgeschichte Europa“ - die Politiker so oft im Munde tragen? Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik kommt in einer Analyse zu folgendem Schluss:

Zitator: Die latent EU-kritische Haltung führt zu einem zirkulären Prozess. Kritiker werden medial ermutigt. EU-freundliche Stimmen halten sich

zurück, weil sie ohnehin mit wenig Resonanz rechnen. Ein ähnliches Phänomen ist bei Medienvertretern zu registrieren. Sie glauben, dass die EU-Berichterstattung nur im nationalen Kontext interessiert und dann meist die Konflikte um Förderungen, Zahlungen oder Marmelade, während Lösungen oder allmähliche Fortschritte oft unbemerkt bleiben. Diskretion bezüglich Erfolg und Hilfe führt in einer lauten Welt, in der um Aufmerksamkeit gekämpft wird, zu keinem guten Erfolg.

Sprecher: Doch ist das negative EU-Bild nur die Konsequenz einer mangelhaften Image-Pflege? Die Mehrheit der befragten EU-Bürger sagt immerhin ja zu einer „europäischen Politik“. Das zeigte das Eurobarometer im Frühjahr 2006. Danach würden 65 Prozent aller Europäer/Innen eine gemeinsame EU- Außenpolitik begrüßen und 75 Prozent eine gemeinsame Wirtschafts-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nur: eine solche europäische Politik gibt es bislang nicht. Und das ist nicht verwunderlich, meint der Wiener Osteuropa Wirtschaftsexperte Hannes Hofbauer. Denn die Einheit der EU ist immer noch „fiktiv“, da es ein echtes EU-Europa nicht gibt. Sondern – zumindest - „zwei Europas“ - ein „armes“ und ein „reiches“. Natürlich stand der wirtschaftliche Impuls am Anfang der Osterweiterung – nur: dieses Aufbrechen der Grenzen hatte mit einer europäischen Idee nichts zu tun. Hannes Hofbauer:

Zuspiel Hannes Hofbauer:

Ich würde sagen, die Osterweiterung war die Strategie der führenden europäischen Kapitalgruppen nach der Rationalisierung in den 80er

Jahren, also nach den technologischen Errungenschaften eine Expansionsphase einzuleiten und damit die strukturelle Krise des Kapitalismus, die ja darin besteht, dass immer überproduziert wird und Absatzmärkte gesucht werden müssen, also diese strukturelle Krise in den Griff zu bekommen. Und Osterweiterung geht ja weiter. Es sind für 2007 Rumänien und Bulgarien vorgesehen. Es ist möglicherweise für 2009 Kroatien vorgesehen. Es ist die Türkei im Gespräch. Jetzt mit der Wende in der Ukraine, würde auch die Ukraine ins Gespräch kommen. Das heißt, die Strategie liegt offen da, dass man den Druck beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt ständig aufrechterhalten kann.

Sprecherin: Neue Absatzmärkte und billige Arbeitsplätze waren 1990 ein Gewinn versprechendes Angebot. Länder, wie Ungarn und Polen, waren hoch verschuldet. Polen wies 1990 eine Auslandsverschuldung von 48 Milliarden Dollar auf. Darum boten sie gleich nach der Wende alles an - um so viel ausländische Unternehmen wie möglich anzulocken: billige Staatsbetriebe, zehnjährige Steuerfreiheit, Zollfreiheit, Subventionen, niedrige Löhne und billige Vorleistungen, etwa im Energiesektor. Und die Pioniere kamen: Siemens, Philips, IBM, Suzuki, Audi, um nur wenige Namen zu nennen. Bis 2002 nahmen die Auslandsinvestitionen rasant zu, nicht nur in Polen, sondern auch Ungarn und Tschechien. Polens Wirtschaft wuchs in den ersten Jahren um jährlich fünf Prozent. Dieses Wachstum nutzte jedoch nur den Unternehmen selbst und nicht den Menschen im Land. Hannes Hofbauer schrieb schon 1991.

Zitator: Will der Staat durch raschen Verkauf kurzfristig Geld oder will er langfristig ökonomische Stabilisierung? Zu raschem Geld kommt er am einfachsten durch Zerschlagung der großen Industriekombinate. Die lukrativen Teile solcher Grossbetriebe lassen sich erfahrungsgemäß

leicht und schnell verkaufen. Für die Industriestruktur als Ganzes wirkt sich solch eine Strategie allerdings fatal aus.

Sprecher: Denn in genau dem Augenblick, in dem die EU sich erweiterte und internationale Konzerne ihre Standorte wählten, wurden volkswirtschaftliche Überlegungen aus dem Repertoire der Wirtschaftsakteure und der Politik gestrichen. Seither herrscht das Laissez-faire-Prinzip: Die Politik zog sich aus der Wirtschaft zurück und ließ die Kräfte der Märkte frei wirken.

Zuspiel Hannes Hofbauer:

Und das ist das Einmal Eins unseres Wirtschaftssystems. Dass es eben keine volkswirtschaftlichen Kategorien gibt. Und die hat es gegeben in der Phase des europäischen Kapitalismus, den ich als den „rheinischen Kapitalismus“ oder den sozialpartnerschaftlichen Kapitalismus begreifen würde und die werden jetzt radikal abgebaut. Staatsinterventionismus ist ja verboten. Die EU würde sofort klagen. Man hat das ja alles unterschrieben, also die Regierenden. Und es besteht insofern gar kein Instrumentarium mehr, so etwas zu betreiben. Im Gegenteil. Es ist nicht nur diskreditiert, sondern quasi ungesetzlich.

Sprecherin: Das Resultat des seit 17 Jahren andauernden europäischen Laissez-Faire-Prinzips ist bei genauem Hinsehen absolut fatal: Die Industrien der mittelosteuropäischen Länder wurden aufgekauft und verschwanden, 30 Prozent der mittelosteuropäischen Bevölkerung lebt heute unter der Armutsgrenze; über 60 Prozent der qualifizierten jungen Menschen wanderten und wandern aus. Die Suizid-Raten der unter 40-jährigen steigt: Die Prostitution vor allem in Polen, Russland und den baltischen Staaten hat dramatisch zugenommen und damit stiegen auch

die Aids-Infizierungen, die Zeit in Estland bereits katastrophale Ausmaße angenommen haben. Nur eine kleine Elite, fünf bis acht Prozent der Menschen in Mittel- und Osteuropa, konnte ihren Lebensstandard seit der politischen Wende wirklich anheben.

Sprecher: Aber auch der Westen ist unzufrieden. Dort verlieren viele Menschen ihre Arbeit, denn immer noch werden Werkstätten in den viel billigeren Osten Europas verlegt. Und man ist böse. „Keine Arbeit zu Gulaschpreisen“ stand auf den Transparenten der demonstrierenden Arbeiter von Opel Rüsselsheim. So mündet das Erweiterungsabenteuer auf wirtschaftlicher Ebene in eine nicht enden wollende Kette von Missverständnissen, weswegen man sich nun gegenseitig Vorwürfe macht und sich - wie in Budapest und Warschau im Herbst letzten Jahres - auf den Straßen beschimpft

Atmo: Auszug aus den Demonstrationen Ende Oktober in Budapest; Demoatmo; Ansprachen. Da hinein weiter der Sprecher,

Sprecher: Ana Blandiana, die rumänische Dichterin und Präsidentin des rumänischen PEN.-Clubs und nicht nur sie -, hat all das vorausgesehen.

O-Ton Ana Blandiana, rumänisch, dann Zitatorin:

Zitatorin: Eigentlich war es ja klar, dass auch der Westen geträumt hat, als er sich dem Osten näherte. Das habe ich gespürt, als die ersten begeisterten

Westeuropäer hier in Rumänien auftauchten und wie trunken durch unser Land reisten, weil sie sich die Zukunft in den schönsten Farben ausmalten. Jetzt lernt man sich kennen und ist enttäuscht. Die beiden Welten sind doch grundverschieden und funktionieren vollkommen anders. Man verliert die Illusionen über den anderen. Eigentlich beginnt mit diesem „Enttäuschtsein“ erst die richtige EU-Osterweiterung.

Sprecherin: Konzeptlosigkeit nennen dies andere. Etwa Pongrác Nagy, ein führender ungarischer Wirtschaftsspezialist der Weltbank, der jahrzehntelang in Afrika gearbeitet und schon 1990 vor einer falschen Schuldentilgungspolitik des IWF und der Europäischen Union gewarnt hat. Er legte der ersten demokratisch gewählten, ungarischen Regierung von József Antall ein alternatives Schuldentilgungs-Projekt vor. Doch umsonst. Für die jetzige Misere macht er die Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsakteure verantwortlich, die es bislang nicht für nötig hielten, volkswirtschaftlich und zum Nutzen der EU-Staaten zu denken. Eine wirtschaftliche „Transformation“ im eigentlichen Sinne hat es darum nie gegeben - so Pongrác Nagy.

Zuspiel Pongrác Nagy, englisch, dann Zitator:

Zitator: 1989 begann die Verwandlung der ungarischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft. Das wurde von ungarischen Wirtschaftsakteuren in Angriff genommen, die an der Budapester Karl-Max-Universität

ausgebildet worden waren. Sie kannten nur die Planwirtschaft, nicht aber die Marktwirtschaft. Während der gesamten Sowjet-Zeit waren die Ungarn daran gewöhnt, die russischen Genossen zu fragen. Ich kann mich noch erinnern. Im Finanzministerium am Roosevelt-Platz gab es den berühmten siebenten Stock. Dort saßen die Russen und ihre ungarischen Kollegen. Und dort sprach man ausschließlich Russisch. Als dann die Wende kam, führten sie weiterhin Befehle aus: diesmal nicht die der Sowjets, sondern die des IWF, der in ihren Augen genauso unfehlbar war, wie zuvor die Sowjets. Das Problem ist nur: der IWF wusste wiederum nicht, was Planwirtschaft war.

Sprecher: Ähnlich verhält es sich in anderen Beitrittsländern, etwa in der Slowakei und Tschechien. Darum ergibt sich immer wieder das gleiche Bild. Die Westregionen dieser Länder boomen, solange sich dort die Werkstätten der westlichen Firmen aufhalten, während die Ost-Regionen mit Arbeitslosenzahlen bis zu 40 Prozent haben und immer mehr verarmen. Besonders krasse Formen hat die Armut in Polen angenommen. Neben der weit verbreiteten Prostitution von Ehefrauen arbeitsloser Schwerindustriearbeiter, geben privater Ackerbau und dörflicher Tauschhandel das Nötigste zum Leben. Ein Huhn gegen Holz zum Heizen, eine selbst gestickte Tischdecke gegen zehn Kilo Karotten und eine Kiste Äpfel. Lutz Rübbe, Polenspezialist und Direktor der Stiftung Euronatur zieht Bilanz:

Zuspiel Lutz Rübbe:

Man muss ja sich mal mit der Gesamtökonomie des Landes befassen. Polen hat ja eine Arbeitslosenquote, die ja weit über 16/17 Prozent liegt, steigend. ... Die kratzen ja schon fast an der 20 Prozent Marke. Wir haben extreme Disparitäten zwischen Stadt und Land. Warschau boomt. Der ländliche Raum kennt Arbeitslosenquoten von 40, 50 Prozent. Das heißt also, die Landwirtschaft spielt eine große Rolle. Und sie spielt mittlerweile eine Rolle als Subsistenzwirtschaft. Es gibt kein funktionierendes soziales Auffangsystem, wie wir es kennen im Westen. Der Staat ist zu arm. Und viele Leute, die ihren Job verloren haben zum Beispiel in der Schwerindustrie, gehen zurück aufs Land und machen Subsistenzwirtschaft. Also eine wirklich sehr ärmliche Form von Landwirtschaft.

Sprecherin:

Genauso kopflos und widersprüchlich wie die wirtschaftlichen Transformationen verliefen die politischen. Aus dem Dunstkreis der ehemaligen Oppositionen - die vor allem eines einte: der Widerstand gegenüber einem verhassten Regime - entwickelten sich keine wirklichen Parteien. Zwar haben sie inzwischen Parteiprogramme, aber meist sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Die Parteinamen wurden den Kürzeln des Westens entliehen: Sozialdemokraten, Konservative, Liberale, Jungliberale. Doch dahinter stehen meist keine konkreten politischen Vorstellungen. So machen die Sozialdemokratischen Parteien in Ungarn und Rumänien vor allem durch die Selbstbereicherung ihrer Funktionäre auf sich aufmerksam. Andere Parteien wechseln kurz mal die politische Ausrichtung - wie die Demokratische Partei Rumäniens, die eines Tages von „links“ nach „rechts“ rutschte.

Sprecher: So nennt sich ein halbes Dutzend rumänischer Parteien „christdemokratisch“ nennt, fordert aber, wie der polnische Präsident Lech Kaczynski, lauthals die Wiedereinführung der Todesstrafe. Bozena Cholui ist die Leiterin der Gender-Studies an der Universität Warschau. Sie beschreibt diese konfusen politischen und gesellschaftlichen Selbstfindungsprozesse in EU-Osteuropa am Beispiel ihres Landes.

Zuspiel Bozena Cholui:

Jede Revolution ist nicht nur ein Wandel im Sinne des Marktes, im Sinne der Politik. Das ist im Grunde genommen auch ein Kampf um die Symbole. Umwerfung, Umwandlung der Symbole, das ist das, was sozusagen eine Basis gibt für die neue Welt, die neue Zukunft, für das neue Land. Und es war ziemlich schwierig zu sagen: Ich bin kein Kommunist mehr. Das konnte man den Politikern nicht so richtig glauben. Eine Gauck-Behörde haben wir bis heute nicht. Daher können wir nicht nachprüfen, wer was und so weiter betrieben hat in diesen 50 Jahren. Von daher war es viel leichter, um ein Kreuz in der Krone des Adlers im Staatswappen Polens zu kämpfen. Denn auf diese Weise konnte man zeigen: Bitte schön; ich will an die Tradition Vorkriegspolens anknüpfen. Dann bedeutet das: Ich bin katholisch oder für Katholizismus.

Sprecherin: Wer aber das Rad der Zeit einfach nur zurückdrehen will und an Traditionen der Vorkriegszeiten anknüpfen will, der pflegt ebenso gerne alte Vorurteile. So mag man in Tschechien „die Deutschen“ nicht besonders. In Ungarn wurden die alten Kämpfe zwischen „Populisten“ und „Kosmopolitischen“ aus den zwanziger Jahren wiederbelebt. Rechtskonservative tragen auf Protestmärschen die von den faschistischen Pfeilkreuzlern 1944 vereinnahmte „Árpád-Fahne“ durch die Straßen von Budapest. Ungeachtet dessen, dass diese Fahne für viele ebenso wie das Hakenkreuz auch heute noch Tod und Verfolgung

symbolisiert. In Rumänien fordert die ultranationalistische Partei Vatra Romaneasca offen die Zwangssterilisierung der Roma. Und in Polen sind es neben den deutschen Heimatvertriebenenverbänden vor allem Homosexuelle und Juden, gegen die unverblümt hetzt - wie ein neuerdings sehr modernen Sprichwort sagt:

Zitatorin: Schau genau hin und Du wirst hinter jedem korrupten Politiker einen Juden finden.

Atmo: Ein paar Takte Europahymne.

Zuspiel Peter Esterhazy:

Man dachte, dass die Freiheit und das Glück, das ist dasselbe. Man braucht nur Freiheit, und unter Freiheit haben wir politische Freiheit verstanden. Das braucht man und dann hat man „alles“. „Alles“ bedeutet Glück natürlich. Und das ist nicht so.

Sprecher: Keiner wusste vor und nach der politischen Wende 1990, was sich hinter klangvollen Namen wie „Europa“ und „Freiheit“ realpolitisch verbarg, erklärte der ungarische Schriftsteller Peter Esterhazy schon in einem Interview im Jahre 2001. Und das hat sich seither auch nicht geändert. Die Maastricht-Kriterien zum Beispiel waren als Grundstruktur sicherlich nicht falsch. Doch bei der Übernahme in den neuen EU-Staaten in Osteuropa wurde etwas ganz Wichtiges übersehen: dass die eindeutig an Westeuropa ausgerichteten Strukturen in Osteuropa völlig andere Wirkungen entfalteten.

Sprecherin Ein Parlament mit Parteien garantiert keineswegs politischen Pluralismus. Freie Marktwirtschaft kann leicht zu Mafiawirtschaft mutieren und wieder aufgenommene Traditionalismen können in fanatischen Fetisch-Kämpfen enden. Trotzdem - meint Susan Milford vom Wiener Institut für den Donauraum und Mitteleuropa - wäre es undenkbar, dass Brüsseler Institutionen in die politischen Entwicklungen eines Landes direkt eingreifen. Das käme einer Einmischung in innere Staatsangelegenheiten gleich.

Zuspiel Susan Milford:

Meiner Meinung nach ist das problematisch. Ich würde das eher nicht befürworten. Man hat ja auch bei den Sanktionen im Zusammenhang mit Österreich gesehen, dass das eigentlich eher den Bummerangeffekt hat. Also es ist nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Ich halte es derzeit nicht für einen gangbaren Weg. Ich bin aber auch jetzt ehrlich gestanden, überfragt, ob es da irgendwelche Kriterien gäbe. Ich denke, das ist einfach auch ein Lernprozess. Also, Demokratie muss halt auch gelernt werden.

Sprecher: Doch Brüssel hatte sich ja eingemischt, indem es einen klaren Kriterien-Katalog für das Aufnahmeverfahren aufstellte und auch einforderte. Dem fehlte allerdings eines: Solidarität mit den Beitrittskandidaten - so Mátyás Szűrös, der von 1989-1990 als Staatspräsident Ungarns die politische Wende aktiv mit vorbereitete.

Zuspiel Mátyás Szűrös, ungarisch, dann Zitator:

Zitator: Wir hatten uns die Wende auch anders vorgestellt. Wir glaubten damals, dass wir sofort als volle Mitglieder aufgenommen werden und nicht nur graduell. Diese Warteschleife ermöglichte dann ja auch, dass sich hier der Westen erst einmal selbst bediente. Sicherlich wurden auch andere Fehler gemacht, aber die EU hätte das nicht erlauben dürfen. Was zählte war einzig und allein: der Nutzwert dieser Regionen. Und an dieser Haltung ist eben viel zerbrochen.

Sprecherin: Was kann also den Teufelskreis dieser Orientierungslosigkeit durchbrechen? Vielleicht als erstes: ein neues osteuropäisches Bewusstsein. Das meinen die Rumänen, die sich am Beispiel Sloweniens orientieren. Denn das kleine Land zeigte Brüssel Jahre lang die kalte Schulter. Entgegen den Maastricht-Kriterien war dort der Verkauf landeseigener Industrien an ausländische Unternehmen, erstmal verboten. Die Privatisierung kam nur langsam in Gang und wurde mit Bedacht durchgeführt. So floss erst einmal weiter Geld in die Staatskasse, bevor das Land sich 2002 mit strategischen Teilverkäufen dem internationalen Markt öffnete.

Sprecher: Das Resultat: wirklich wettbewerbsfähige slowenische Unternehmen – wie der Ski- und Skateboard-Produzent ELAN, die Haushaltsgerätehersteller Gorenje und Sidex oder der Pharmariese Lek, eine gut verdienende Mittelschicht, eine stabile parlamentarische Struktur und seit 2007 als erstes der Beitrittsländer – die Einführung des

Euro. Darum, so meint der rumänische Schriftsteller und Dissident  
Alexandru Musina:

Zuspiel Alexandru Musina, rumänisch, dann Zitaror.

Zitator: Wir müssen uns heute vor zwei Dingen hüten. Einmal alles einfach  
zuzulassen, was aus dem Westen kommt, aber auch: alles nur zu  
kritisieren. Es geht darum, dass jedes Volk an sich selbst arbeitet, sich  
bewusst wird, welche dunklen Kräfte in ihm noch wirken und dass es  
lernt, sich aus sich selbst heraus aufzubauen und zu fragen: was tut  
unserem Land gut. Was ja nicht heißt, dass man gegen Europa ist.

Sprecherin: Denn was bedeutet: „gegen“ oder „für“ Europa zu sein? Sind die, die  
Kritik üben „gegen“ Europa und die, die sich in nichts einmischen wollen  
„dafür“? Und: Was ist Europa überhaupt? - wenn nicht ein Begriff mit  
vielen Gesichtern -, bestehend aus einem poetisch-philosophischen  
Ideal, und einem undurchsichtigen Beziehungsgeflecht aus West und  
Ost, die immer noch nicht zusammengefunden haben.

Sprecher: In Hinblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft wies Bundeskanzlerin  
Angela Merkel kürzlich auf die Feier zum 50. Jahrestag der Römischen  
Verträge in Berlin und forderte ein bürgerfreundlicheres Europa. Das  
kann aber erst dann entstehen, wenn die verantwortlichen Politiker in  
West und Ost endlich den Kopf aus dem Sand ziehen, über die großen

Unterscheide der beiden Teile Europas offen sprechen und gemeinsam wirtschaftliche und politische Strategien erarbeiten, die den „Bürgern“ auch wirklich zugute kommen. Geschieht das nicht, könnte der Traum vom großen und vereinten Europa langsam aber sicher zum Albtraum werden. *Noch einmal: Susan Milford:*

*Zuspiel Susan Milford:*

*Also ein wichtiger Aspekt ist für mich einfach, wie gesagt, die Bevölkerung, die man meiner Meinung nach auch in den Beitrittsländern zu wenig informiert hat über die tatsächlichen Folgen. Das hatten wir ja auch in Österreich und wo ja auch die Zustimmung sehr groß war damals beim EU-Referendum und eigentlich man verabsäumt hat, hier weiter zu arbeiten, also die Bevölkerung mitzunehmen. Man hat sich gedacht, also hier ist jetzt alles nach dem Referendum alles erledigt und man muss nichts mehr tun. Und es fällt uns jetzt auch in Österreich auf den Kopf. Ich glaube, dass dies auch in den neuen Mitgliedsstaaten nicht anders sein wird. Und das hat man von vornherein gewusst und hier hätte man von vornherein stärker abfedern müssen und, wie gesagt, auch kritische Aufklärungsarbeit leisten.*

Regie: Evt. das Ende der Europahymne hoch ziehen und dann Schluss.

\* \* \* \* \*